

Streit um orange Flaggen hallt nach

Analyse zur reformierten Kirche Eine Kampfwahl in den Synodalrat zeigt, dass die Kritik am Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative nicht vergessen ist. Das schadet der Kirche.

Die Banner an der Pauluskirche in der Berner Länggasse – sie werden die reformierte Kirche noch lange beschäftigen.

Foto: Keystone



**Stephan Künzi**

Die Geister, die die reformierte Kirche mit ihrem pointierten Einstehen zugunsten der Konzernverantwortungsinitiative gerufen hat, wird sie auch nach dem Nein zum Volksbegehren so schnell nicht wieder los. Die anstehenden Wahlen im Synodalrat zeigen es. In letzter Minute ist für einen von zwei frei werdenden Sitzen in der Kirchenregierung ein zweiter Kandidat ins Rennen gestiegen, was in der Synode, dem wählenden Kirchenparlament also, für mächtig Unruhe sorgt. Zumal es lange Zeit danach ausgesehen hatte, als ob die Ausgangslage für den auf Dienstag anberaumten Wahlgang klar wäre: Zwei Sitze gilt es zu besetzen, und zwei Kandidatinnen stellen sich zur Wahl. Um zu verstehen, warum es anders gekommen ist, muss man wissen, dass die eine der beiden Kandidatinnen Ursula Marti heisst. Die Stadtbernerin politisiert seit bald acht Jahren für die SP im Grossen Rat, vier Jahre lang führte sie die Kantonalpartei auch als Präsidentin. Und, im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungsinitiative nicht ganz unerheblich: Sie ist Mitglied der Pauluskirchgemeinde im Länggassquartier.

Als kurz vor der Abstimmung im letzten Herbst die Emotionen um das Volksbegehren hochgingen, spielte die Pauluskirche eine wichtige Rolle. An ihrem markanten Turm hingen übergrösse, leuchtend orange Banner, die unübersehbar klarmachten: Diese Kirchengemeinde steht ohne Wenn und Aber hinter der Vorlage, die Schweizer Konzerne auch für Verstösse gegen Menschen-

rechte und Umweltvorgaben im Ausland zur Rechenschaft ziehen wollte. Mit dieser markanten Aussage wurde das Bild zum Symbol des politischen Engagements der Kirchen schlechthin. Ob es da klug ist, eine Vertreterin just dieser Kirchengemeinde in die kantonale Kirchenregierung zu wählen?

Gerade in den bürgerlich gesinnten ländlichen Teilen des Kantons kamen die Botschaften der Kirche zur Konzernverantwortungsinitiative gar nicht gut an. Gewerbler und Unternehmer fühlten sich vor den Kopf gestossen, ja unter den Generalverdacht gestellt, schlechte Arbeits- und Umweltbedingungen im Ausland zu fördern. Offen wurde auch angezweifelt, ob die Initiative überhaupt ein taugliches Mittel sei, um das anvisierte Ziel zu erreichen.

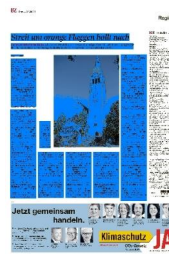
All das klingt nun wieder an, wenn eine kleine Gruppe von Synodenmitgliedern mit Christian Cappis aus Hinterkappelen quasi einen Gegenentwurf zu Ursula Marti in die Wahl schickt. Der Jurist aus der Agglomeration, ein typischer Mann der Basis, repräsentiere das breite Kirchenvolk viel besser, werben die Aufmüpfigen für ihren Vorschlag. Viel besser jedenfalls als die SP-Frau aus der Stadt, die nur zu gern als typische Vertreterin eines urban geprägten Kirchen-Establishments wahrgenommen werde. Eines Establishments, daran lassen die Aufmüpfigen in ihren Verlautbarungen keinen Zweifel, das sich in derart unzulässiger Art auch in den Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungs-

initiative eingemischt habe.

Christian Cappis selber sieht die Ausgangslage ähnlich. Und irgendwie doch auch noch etwas anders. Auf der einen Seite ist er felsenfest überzeugt davon, dass es nicht Sache der Kirche sein kann, politische Kampagnen zu fahren und damit, wie bei der Konzernverantwortungsinitiative passiert, die eigenen Mitglieder vor den Kopf zu stossen. Auch wenn er gemeinsam mit dem Kirchgemeinderat von Wohlen, dessen Präsident er bis Ende des letzten Jahres war, für das Begehren einstand: Man habe aber bewusst von einer Beflagung Abstand genommen.

Auf der anderen Seite sieht er seine Kandidatur in einem grösseren Zusammenhang – als Zeichen dafür, dass das Land mit seinen vielen treuen Kirchenmitgliedern im Synodalrat nicht untervertreten sein dürfe. Und noch etwas betont er: Die neuen Aufgaben, die nach der stärkeren Trennung vom Staat nun warteten, liessen sich in einer noch immer so eng auf theologische Fragen und Theorien fokussierten Kirche kaum lösen.

Ursula Marti bekundet ihrerseits Mühe mit dem Etikett, Aushängeschild einer linken städtischen Elite zu sein. Sie erinnert an ihre Kindheit im ländlichen Umfeld von Aarberg, betont weiter, dass nach Jahren der kirchlichen Kinder- und Familienarbeit auch sie sich eng mit der Basis verbunden fühle. Kirchliche und politische Ämter habe sie im Übrigen stets strikt getrennt. Sie sei schon länger aus den Gremien ihrer Kirchengemeinde zurück-



getreten und damit an der Beflaggung der Pauluskirche in keiner Art beteiligt gewesen.

Aus ihrer Sympathie für die Konzernverantwortungsinitiative macht sie kein Geheimnis. Mit den orangenen Bannern an den Berner Kirchtürmen sei man aber rückblickend wohl etwas weit gegangen, darüber werde mittlerweile auch innerkirchlich diskutiert, sagt sie. Das heisse aber nicht, dass die Kirche bei Themen von hoher theologischer Relevanz keine Stellung mehr beziehen solle.

In der Tat hat die Kirche selber schon kurz vor dem Abstimmungssonntag ihr Engagement zugunsten der Konzernverantwortungsinitiative infrage gestellt. Als breit aufgestellte Volkskirche, die allen Menschen ein Stück Heimat sein will, tut sie gut daran, künftig auf derartige Kampagnen zu verzichten und dafür einer differenzierten Debatte Raum zu lassen, die Andersdenkende nicht von vornherein ausschliesst. Zu gross ist sonst die Gefahr, dass ihr noch mehr Leute den Rücken kehren – nicht ohne Grund ist es seit dem letzten Herbst um die Kirchensteuern der Unternehmen politisch nie mehr richtig ruhig geworden.

Die Geister, die die Kirche im Vorfeld der Konzernverantwortungsinitiative gerufen hat – sie wird sie wohl wirklich so schnell nicht wieder los.